

Interpellation Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Fragen zur Förderung von Carsharing

Carsharing gewinnt in Bern zunehmend an Bedeutung. Der Gemeinderat versucht denn auch, für Carsharing-Organisationen vermehrt Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Hierfür besteht bisher eine Rahmenkonzession für einen Anbieter namens Mobility. Demnach sollen dem genossenschaftlich organisierten Unternehmen mittelfristig 35 Parkplätze auf öffentlichem Grund gegen Gebühr zur Verfügung gestellt werden. Mobility weist gemäss Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht 2014 einen Jahresgewinn von knapp CHF 3.9 Mio. und eine Bilanzsumme von CHF 85.3 Mio. aus. Weiter verfügt das KMU über rund 1400 Standorte respektive 2700 Fahrzeuge.

Carsharing als relativ neue Form von Mobilität ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings gilt es aus Sicht der Fraktion FDP. Die Liberalen die Rolle der Stadt Bern zu klären und zu verhindern, dass die Schaffung von Carsharing-Parkplätzen zu Lasten der Quartierbevölkerung, des Gewerbes oder anderer Verkehrsteilnehmer geht. Konkret stellen sich folgende Herausforderungen:

1. Bietet die Stadt Bern einem Wettbewerber Parkplätze auf öffentlichem Grund an, muss sie die Gleichbehandlung weiterer Anbieter garantieren können. Konkret hiesse dies für die Stadt Bern, weiteren Anbietern ebenfalls rund 35 Plätze an vergleichbar attraktiven Standorten gegen Gebühr zur Verfügung zu stellen.
2. Teilweise betreiben auch einzelne Anwohner, im Sinne einer gemeinschaftlichen Organisation, Carsharing. Die Stadt Bern muss deshalb die Frage klären, ob und wie sie diese Formen des Carsharings berücksichtigen will.
3. Für die Schaffung von Carsharing-Parkplätzen bestehen zwei Möglichkeiten. Entweder werden neue Parkplätze geschaffen, häufig ist es hierfür aber schwierig geeignete Standorte zu finden. Oder für die Carsharing-Parkplätze werden bisherige Parkplätze (z.B. in blauen Zonen) aufgehoben. Dies geht dann häufig zu Lasten der Quartierbevölkerung (Zunahme Suchverkehr, weniger Parkmöglichkeiten) des lokalen Gewerbes (weniger Kundschaft) sowie der anderen Verkehrsteilnehmern (Verdrängungseffekt).

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Aufgrund welcher rechtlichen Grundlage werden Parkplätze auf öffentlichem Grund an private Unternehmen dauervermietet? Ist die Dauervermietung von öffentlichem Grund an Private künftig auch für andere Geschäftsbereiche denkbar?
2. Wie stellt der Gemeinderat eine Gleichbehandlung sämtlicher Anbieter im Bereich Carsharing sicher?
3. Wie gedenkt der Gemeinderat mit nachbarschaftlichem Carsharing umzugehen? Erhalten diese Organisationen auch Parkplätze auf öffentlichem Grund zur Verfügung gestellt? Wenn Ja, warum? Wenn Nein, warum nicht?
4. Wie will der Gemeinderat bei Aufhebung von bestehenden Parkplätzen zu Gunsten von Carsharing Mehrverkehr, fehlende Parkmöglichkeiten und Verdrängungseffekte für andere Verkehrsteilnehmer verhindern?
5. Wie beurteilt der Gemeinderat die Verkehrssicherheit in den Quartieren infolge Mehrverkehrs, widerrechtlichen Parkierens und Verdrängungseffekten bei Aufhebung bestehender Parkflächen für die Öffentlichkeit?

Bern, 14. Januar 2016

Erstunterzeichnende: Bernhard Eicher

Mitunterzeichnende: Mario Imhof, Dannie Jost, Barbara Freiburghaus, Jacqueline Gafner Wasem, Christoph Zimmerli